

Wie man Frauen in Top-Jobs bringt

Frauen wollen Geld und Karriere – genau wie Männer. Das zeigt die Studie „Die weiblichen Führungskräfte von morgen“

FRAUENFÖRDERUNG. „Wir haben einen sehr geringen Frauenanteil in den Chefetagen und fragen uns, wie wir das ändern können. Wir wissen: Wenn wir nicht genügend Frauen aufbauen, die Karriere machen wollen, dann scheitern wir bei der Beförderung.“ So begründet Johann Strobl, Vorstandsvorsitzender der RBI, warum er die Studie „Die weiblichen Führungskräfte von morgen – Erwartungen 20- bis 29-jähriger Studentinnen an Karrieremöglichkeiten in Unternehmen“ gemeinsam mit der EVN unterstützt. Studienautorin ist die Unternehmensberaterin Anke van Beekhuis.

Die Repräsentativstudie unter 500 jungen Studentinnen zwischen 20 und 29

Jahren zeigt, dass junge weibliche „High Potentials“ für die neue Arbeitswelt bestens gerüstet sind. Sieben von zehn Befragten geben an, leistungsorientiert zu sein, sich leicht auf Veränderungen einstellen zu können und wären außerdem bereit, für einen gut bezahlten Job oder für eine interessante berufliche Tätigkeit ins Ausland zu gehen. 28 Prozent der Studentinnen meinen sogar, die Behauptung „Meine berufliche Karriere ist mir wichtiger als alles andere“ trifft auf sie „sehr“ oder „zumindest eher“ zu. „Angesichts dieser Zahlen ist der Mythos widerlegt, dass Frauen nicht vorankommen wollen und weniger Interesse an Erfolg und Entwicklung haben“, erklärt Anke van Beekhuis.

– BM



Für mehr Frauen in den Vorstandsetagen (v. li.): Wolfgang Maier (EVN), Studienautorin Anke van Beekhuis, Johann Strobl (RBI)

ZAHL DER WOCHE

3 Kilometer Kolonne erspart eine U-Bahn. Um die 900 Personen, die in eine U-Bahn passen, mit dem Auto zu transportieren, bräuchte man 750 Pkw (= 3 Kilometer).

KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS

Arbeitslosengeld Zwei Millionen Grenzgänger in der EU sollen künftig die Wahl haben, von welchem Staat sie ihre Arbeitslosenhilfe beziehen – vom Land, in dem sie arbeiten oder jenem Land, in dem sie wohnen. Dies hat der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments diese Woche beschlossen.